



Antworten auf 23 Fragen der Deutschen Evangelischen Allianz an Parteien und Kandidaten im Wahljahr 2009 -

von Thomas Schneider, Kreisrat im Erzgebirgskreis und Kandidat für die Landtagswahl in Sachsen 2009 (Liste: CDU)



Staat – Bürger - Medien

1. Was werden Sie tun, um die Motivation für bürgerschaftliches Engagement zu stärken?

Klartext reden, aufrütteln und Mut machen. Gebratene Tauben, die in den Mund fliegen, gibt es nur in Märchen. Ein Bürger, der in unserer freiheitlichen Demokratie nur darauf aus ist, möglichst viel für sich herauszuziehen, aber wenig einbringt, verhält sich wie der reiche Kornbauer im Lukasevangelium. Wer fortwährend nur zu seinem Ego spricht: „Liebe Seele, du hast einen großen Vorrat für viele Jahre; habe nun Ruhe, iss, trink und habe guten Mut!“ und dabei seine Mitmenschen vergisst, der darf dann nicht überrascht sein, wenn ihm das alles am Ende seines Lebens nichts mehr nützt. Und wem wird dann gehören, was er angehäuft hat? Jeder Bürger soll ein über die Minimalforderungen des Staates hinausgehendes und auf den Ordnungen Gottes beruhendes Leben führen. Denn in der Präambel des deutschen Grundgesetzes steht: „In Verantwortung vor Gott...“ Nach der Bibel soll der Mensch den Staat über das gesetzlich geforderte Maß hinaus unterstützen, soweit dieser sich für die Umsetzung biblischer Ethik einsetzt (Jer. 29,7; 1. Tim 2,2). Ein Bürger darf sich trotz Enttäuschung und Frustration nicht dazu hinreißen lassen, die Durchsetzung seiner eigenen Interessen über das Gemeinwohl zu stellen, das meist nur über langwierige Kleinarbeit erreicht werden kann. Das Ernstnehmen bürgerschaftlichen Engagements setzt voraus, dass nicht der Mensch bestimmt, was einen Wert hat oder was Werte sind, sondern allein Gott. Im 1. Petrusbrief 2,15-16 steht: „Denn das ist der Wille Gottes, dass ihr mit guten Taten den unwissenden und törichten Menschen das Maul stopft – als die Freien und nicht als hättet ihr die Freiheit zum Deckmantel der Bosheit, sondern als die Knechte Gottes. Ehrt jedermann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehrt den König!“

2. Auf welche Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens sollte der Staat kein Zugriffsrecht haben?

Der Staat ist grundsätzlich zum Schutz von Verfassungsrechtsgütern verpflichtet. Das Recht auf Leben von der Verschmelzung von Ei und Samenzelle an bis zum natürlichen Tod eines Menschen gehört ebenso dazu wie das aus der UN-Konvention abgeleitete Recht auf eine individuelle Erziehung der Kinder durch die Eltern. Der Staat darf auch auf das Bekenntnis eines Christen kein Zugriffsrecht haben, wenn er beispielsweise in der Öffentlichkeit sagt, dass es nur eine in Jesus Christus begründete Wahrheit gibt.

3. Wie soll Ihrer Meinung nach das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen in Deutschland besser gelingen?

Wer das Christentum als Religion oder rein abendländisch Kultur versteht, hat ein Problem. Denn Christen halten nicht an einem Brauchtum, an einer Tradition oder an menschlich Erdachtem fest, sondern an einer Person, an Jesus Christus. Religionen gründen auf einer Art Weltanschauung. Christen gründen auf einen lebendigen Gott, der sich in Jesus Christus den Menschen offenbart hat. Nun leben Christen nicht auf einem exklusiven Stern, sondern haben nach Markus 16, 15 und Matthäus 28, 19 einen klaren Missionsauftrag in dieser Welt. Die Aufgabe von Christen ist es nicht, anderen Menschen den christlichen Glauben aufzuzwingen, sondern ihnen das Angebot zu machen, über Gottes Wort nachzudenken und Gottes Geist in ihr Herz und Leben einzulassen. Wenn Gottes Wort nicht nur gelesen und geglaubt, sondern auch gelebt wird, kommen Menschen ins Fragen. Dann ist es die Aufgabe eines Christen, Gott zu bitten, in das Leben dieser suchenden Menschen einzukehren und sie zur Umkehr zu



rufen. Um des irdischen Friedens willen den eigenen Glauben an Jesus Christus aufzuweichen in der Weise, dass Menschen doch irgendwie alle an Gott glauben, ist ein Weg, der nicht nur Christen sondern auch andere Menschen ins Verderben führt. Ein Christ kann sicher auch mit Muslimen, Buddhisten und Atheisten befreundet sein. Die Grenze der Toleranz ist dort, wo Christen aufgefordert werden, die Weltanschauung Anders- oder Ungläubiger zu teilen oder gar zu befördern. Das Zusammenleben wird sich immer auf das Aushalten, Erdulden und Ertragen religiös oder kulturell geprägter Menschen begrenzen müssen. So ist das Leben zu fristen bis Jesus Christus wiederkommt und dann besonders für all diejenigen völlige Klarheit schafft, die ihn abgelehnt haben.

Glaube – Politik – Menschenrechte

4. Wie können die Medien stärker auf objektive und wahre Berichterstattung verpflichtet werden?

Die Landespressegesetze und der Pressekodex des Deutschen Presserats fordern eine gewisse journalistische Sorgfaltspflicht, die im Optimalfall in eine objektive Berichterstattung mündet. Was wir täglich erleben, das ist eben nicht der „Optimalfall“. Solange sich der christliche Glaube in irgendeiner Weise und im weitesten Sinne mit „Kirche“ institutionalisieren lässt, haben Medien nur wenig Interesse daran, darüber zu berichten. Bekennen sich aber Menschen losgelöst von einer Konfession zum christlichen Glauben, also grenzen sie sich einerseits von bloßer kirchlicher Tradition und andererseits von der Säkularisierung ab und berufen sie sich auf die Bibel als alleinige Glaubensgrundlage, setzen Medien auf unseriöse Stimmungsmache. Evangelikale, also Christen, die dem Evangelium gemäß leben wollen, stoßen auf harte mediale Gegenwehr. Die Trendkurve, bekennende Christen in die Ecke zu gewalttätigen Islamisten zu stellen, geht besonders in der letzten Zeit stark nach oben. Die Zeit ist reif, dass evangeliumstreue Christen ihren innerevangelikalen Kleinkrieg beenden und gemeinsam eine objektive und wahre Berichterstattung in den Medien anmahnen. Gemeinsame Resolutionen und Briefe sind genauso wichtig, wie die Zuwortmeldung tausender Christen in Einzelbriefen, Emails und Telefonanrufen. Den Medienmachern in Deutschland muss klar vor Augen geführt werden, dass Christen in Deutschland Menschen sind, die Gottes Gebote nicht nur auf dem Papier haben, sondern in der Gesellschaft auch dafür eintreten. Das setzt natürlich voraus, das eigene Leben nach Gottes Willen zu führen.

5. Was bedeutet für Sie die „Verantwortung vor Gott“, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes verankert ist?

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Frage diskutiert, ob es eigentlich noch rechtens sei, dass im Grundgesetz die Gestaltung unserer Gesellschaft unter das Vorzeichen gestellt wird: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen...“. Im Zuge der Europäisierung und kulturellen Vermengung wurde wieder darüber debattiert, ob die christliche Wurzel nicht längst überholt sei und zugunsten anderer Weltanschauungen in den Hintergrund treten müsse. In einem sich säkularisierenden Gemeinwesen sei es doch ohnehin unangemessen, noch von Gott in einem für alle geltenden Maßstab zu reden. Gott sei doch Privatsache und hätte im Grundgesetz nichts mehr zu suchen. So hören wir es immer wieder aus dem Munde von Menschen, die sich in die Gruppe derer einreihen, die in der DDR ihr Leben nach dem SED-Slogan eingerichtet hatten: „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein“. Mit dem Spruch „Ohne Regen, ohne Gott, geht die ganze Welt bankrott“ (den 1975 Pfarrer Oskar Brüsewitz an einem Pferdefuhrwerk anbrachte und auf dem Weg von Rippicha nach Zeitz für großes Aufsehen sorgte) sollten Christen in einer Gesellschaft, die Gott ausradieren wollen, Flagge zeigen! Der Gehorsam gegenüber dem Staat hat dort seine Grenze, wo von Menschen verlangt wird, gegen Gottes ausdrückliche Gebote zu handeln. In der Apostelgeschichte 5,29 ist ganz klar gesagt: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“



6. Welche Bedeutung hat für Sie der christliche Glaube und welche Bedeutung sollte der Glaube in der Politik haben?

Die wesentlichen Eckpunkte meines christlichen Glaubens stehen im Apostolischen Glaubensbekenntnis. So bekenne ich mich

- 1. zur Allmacht und Gnade Gottes (Neh. 9,6; Röm 1,20-21)*
- 2. zur göttlichen Inspiration der Heiligen Schrift (Chicago-Erklärung) und berufe mich auf 2. Tim 3,16 und Psalm 119, 160*
- 3. zur völligen Sündhaftigkeit und Schuld des gefallenen Menschen (Röm 1, 18; Röm. 3,23-24)*
- 4. zum stellvertretenden Opfer des menschengewordenen Gottessohnes als einzige Grundlage der Erlösung von Schuld und Sünde (Joh. 3,16; 1.Kor. 15,3-4)*
- 5. zur Rechtfertigung des Sünders allein durch die Gnade Gottes aufgrund des Glaubens an Jesus Christus (Eph. 2,8-9; Röm. 3,22-24)*
- 6. zum Werk des Heiligen Geistes, welcher Bekehrung und Wiedergeburt des Menschen bewirkt, im Gläubigen wohnt und ihn zur Heiligung befähigt. (Joh. 3,5-6; Apg. 1,8)*
- 7. zum Priestertum aller Gläubigen, welche die weltweite Gemeinde bilden, deren Haupt Christus ist und die zur Verkündigung des Evangeliums in aller Welt verpflichtet ist (Mt. 28,19-20; 1.Petr. 2,9)*
- 8. zur Erwartung der persönlichen sichtbaren Wiederkunft des Herrn Jesus Christus in Macht und Herrlichkeit (2.Petr. 3,10; Offb. 20,11-12).*

Christ und Politik ist ein häufig diskutiertes Thema. Der deutsche Theologe und Hochschullehrer Wilhelm Knevels hat einmal gesagt: „Der einzelne Christ erfüllt seine politische Aufgabe, indem er jeweils aus seinem an Gott gebundenen Gewissen urteilt und handelt.“ Diese Position zu vertreten, ist die Aufgabe eines Christen in der Politik. Jesus wandte sich ganz ausdrücklich an die Regierenden seiner Zeit. Johannes der Täufer und Jesus kritisierten öffentlich König Herodes wegen seiner Amtsführung und seines Lebenswandels und setzten dafür ihr Leben aufs Spiel. Johannes der Täufer ermahnte König Herodes, dass er nach jüdischem Recht seine Frau nicht hätte heiraten dürfen (Mk 6,18). Dafür verlor er letztlich sein Leben. Jesus sagte zu einem, der ihm mitteilte, dass ihn Herodes töten lassen will: „Gehe hin und sage diesem Fuchs ...“ (Lk 13,32). Den Schriftgelehrten und Pharisäern warf er vor, ungerechte Richter zu sein, die Waisen und Witwen ins Unglück stürzen. Politiker, die dem Vorbild von Jesus folgen, sehen die persönlichen Nöte ihrer Kollegen und beten für sie. Sie sehen die Missstände und Ungerechtigkeiten im Staat und machen sich für Verbesserungen stark. Der Einwand, Jesus sei doch kein Politiker gewesen und Christen sollten sich deswegen nicht politisch engagieren, scheidet daran, dass Jesus Zimmermann war, aber doch die wenigsten Christen zur Zunft der Zimmerleute gehören; dass Jesus nicht verheiratet war, die meisten Christen aber dennoch heiraten; dass Jesus umherzog und predigte und das doch die wenigsten Christen tun. Wichtig ist doch, dass wir dort, wo uns Gott hinstellt, Nachfolger dieses Jesus Christus sind. Der Bereich Politik ist dabei nicht ausgenommen. Nichts ist wichtiger für einen Christen als seine Beziehung zu Gott. Und gerade die Apostel zeigen uns, dass die christliche Mission politisch bedeutsam ist. Nicht umsonst wurden sie immer wieder vor die Machthaber zitiert. Das Evangelium ist nicht allein nur eine private Herzensangelegenheit, denn es hat seit Jesu Zeiten immer für öffentliches Aufsehen gesorgt. Das Evangelium verkündet allen Menschen – auch den Politikern – den Herrschaftsanspruch von Jesus Christus. Ihm ist alle Vollmacht im Himmel und auf der Erde gegeben. Mission scheut Politik nicht. So ist immer wieder vor Augen zu führen, dass die Gebote Gottes (so hat es Prof. Dr. Thomas Schirrmacher einmal formuliert) als Riegel, Spiegel und Regel dienen: „Als Riegel dienen die Gebote dem Staat. Sie sind der Maßstab für gerechte Gesetze und für das Strafrecht. Sie sollen die gröberen ungerechten Taten eindämmen. Als Spiegel dienen die Gebote jedem Menschen zur Selbsterkenntnis. Und als Regel geben sie Wegleitung für ein Leben in Verantwortung vor Gott.“

Christen sollen das Salz in der Gesellschaft sein, das trotz geringer Dosierung wahrgenommen wird. Christen in der Politik sollen dafür sorgen, dass die Gesellschaft vor ihrer inneren Verderbtheit geschützt



wird. Der Gedanke, der christliche Glaube sei etwas ganz Privates und habe keinen Auftrag in der Gesellschaft, kommt nicht aus der Heiligen Schrift. Er kommt aus einer modernen, gottlosen und von Individualismus geprägten Denkweise. Würden sich alle Menschen, die erkannt haben, dass sie das Salz der Gesellschaft sein sollen, engagieren, wäre vielleicht auch der Zustand vieler christlicher Gemeinden besser. Denn gute Politik dient letztlich auch dem Bau der christlichen Gemeinde. Je mehr sich linkes und rechtsextremes Gedankengut breit macht, desto weniger sind engagierte Christen am Werk. Die Bibel ist voll von Hilfestellungen, wie eine Gesellschaft gelingen kann und: Wer betet, weiß auch, was zu tun ist. Es bleibt dabei, wie es im Römerbrief (7,12) steht: „Das Gesetz ist der heilige Wille Gottes, und die Gebote sind heilig, gerecht und gut.“

7. Wie kann die Achtung vor christlichen Überzeugungen wieder selbstverständlicher werden?

Diese Frage will ich mit einem Satz aus Jak. 1,22 beantworten: „Seid aber Täter des Worts und nicht Hörer allein; sonst betrügt ihr euch selbst.“ Der christliche Glaube würde wieder „selbstverständlicher“ werden, wenn jeder Christ wüsste, an was er glaubt und welchen biblischen Auftrag er in unserer Gesellschaft hat. Weder hartgesottene Atheisten noch gläubige Muslime können es ertragen, wenn Christen auf die Wahrheit der biblischen Botschaft verzichten, nur um irgendwie auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Sie tun damit niemandem einen Gefallen. Sich selbst schon gar nicht, weil Gottes Wort spricht: „Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“

8. Was werden Sie tun, um die Glaubensfreiheit als Menschenrecht weltweit zu stärken?

Um die Frage nach der Glaubensfreiheit klären zu können, müssen wir Deutschland nicht erst verlassen. Wenn ein muslimischer Mensch zum christlichen Glauben konvertiert, muss er auch in Deutschland um sein Leben fürchten. Jedes Jahr werden allein deshalb Menschen ermordet. – Zunehmend werden in Deutschland bekennende Christen von Schwulen und Lesben bedrängt, beschimpft und beleidigt. – In den Medien werden evangelikale Christen in die Ecke gewalttätiger Islamisten gestellt. Wer sich heute in der Öffentlichkeit hinstellt und die Position vertritt, dass es nur eine Wahrheit gibt, Jesus Christus, muss damit rechnen, angegriffen zu werden. Auch unser sogenanntes „christliche Abendland“ wird einer schleichenden Säkularisierung und Islamisierung preisgegeben. Hier ist politisches Engagement von Christen gefragt. Dabei reicht es nicht, Mitglied einer Kirche zu sein, sondern glaubhafter Zeuge des Herrn dieser Welt. Glaubensfreiheit ist Menschenrecht. Es muss Christen gelingen, dieses Recht auf allen gesellschaftlichen Ebenen anzumahnen, sich in Debatten zu Wort zu melden und Farbe zu bekennen. Das will ich für Gott an dem Platz, wo er mich hinstellt, mit aller Konsequenz tun.

9. Was werden Sie tun, um mehr Vertrauen und Wahrhaftigkeit in der Politik zu schaffen?

Dass Politik „ein schmutziges Geschäft“ sei, ist eine vielgesagte Überzeugung. Meine These lautet anders: Es wird in der Politik nicht mehr und nicht weniger gelogen als in manchen Predigten und zu christlichen Beerdigungen. Politik ist in punkto Wahrhaftigkeit wohl nur ein Spiegel der Gesellschaft, die sie vertritt. Die Wahrheit wird (auch) in der Politik durch die Lüge bedroht. Deshalb sind sich wohl alle, die sich der Wahrheit verpflichtet wissen, darüber einig, dass die Lüge (und schon gar nicht zu Wahlkampfzwecken) kein Mittel ist, um politische Ziele durchzusetzen. Um mehr Wahrhaftigkeit in der Politik zu schaffen gilt es, Probleme nicht zu verdrängen oder zu beschönigen, sondern wahr(!)zunehmen. Natürlich kommen immer die Seitenhiebfragen, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die einen oder anderen Gelder für diese oder jene Dinge auszugeben. Und jeder sieht es auch seinem speziellen Betrachtungsblickwinkel heraus. In jedem Fall gilt es dafür Sorge zu tragen, dass (mangels Transparenz in politische Entscheidungen) Wahrhaftigkeit und Vertrauen keinen Schaden nehmen.



Bürger müssen sich wieder mehr als Souverän des Staates begreifen und nicht als Opfer anonymer Prozesse, die „von denen da oben“ ausgelöst werden, „die sowieso nach ihren eigenen Gesetzen und ihrer eigenen Wahrheit leben“. Als politischer Mandatsträger stehe ich gemeinsam mit allen Bürgern in unserem Land in der Pflicht, solchem Eindruck mit aller Kraft entgegen zu treten. Wenn wir Gottes Wort ernst nehmen, dann müssen wir uns nicht nur gegen Lüge, Verdrängung und Halbwahrheit wenden, sondern auch gegen undurchsichtige Strukturen, ungeklärte Zuständigkeiten und gegen schleichende Verantwortungslosigkeit. Jeder Bürger bestimmt durch sein Verhalten bestimmte Entwicklungen in der Politik mit. Wer seine Aufmerksamkeit mehr den Talk-Shows und Klatschspalten in der Presse schenkt als seiner Mitverantwortung für unsere Gesellschaft, muss sich nicht wundern, wenn Politiker die Plattformen der Medien nutzen müssen, um gehört zu werden. Wahrhaftigkeit setzt Wahrheit voraus. Die Bibel spricht bei Wahrheit nur in der Einzahl. Und das ist richtig, weil diese allein in Jesus Christus und seinem Evangelium zu suchen und zu finden ist. Doch unsere Gesellschaft besteht nicht nur aus bekennenden Christen sondern zumeist aus Pluralistern. Deshalb stehen sehr oft mehrere „Wahrheiten“ in einer ständigen Kontroverse: Mehr Markt oder mehr Staat? Mehr Tötung ungeborener Kinder oder mehr Schutz ungeborenen Lebens? Mehr Unterstützung der Familien oder mehr Unterstützung der Schwulen- und Lesbenlobby? – Hinter jeder dieser Alternativen steht eine andere Lebensüberzeugung. Jede dieser beanspruchten „Wahrheiten“ muss sich einer Prüfung unterziehen. Letztlich entscheidet die demokratische Mehrheit, auch – und das kennen wir zur Genüge (!) – gegen Gottes Gebote. So will ich Mahner seines Willens in der Politik sein, damit er mit seinem Wort zu Gehör kommt.

Ehe - Familie - Bildung - Generationengerechtigkeit

10. Was werden Sie unternehmen, um die Rechte und die soziale Sicherung von klassischen Ehen und Familien als Grundpfeiler einer stabilen Gesellschaft zu erhalten und zu stärken?

Der Schutz von Ehe und Familie durch den Staat wird in verschiedenen Rechtsordnungen geregelt. Der Art. 6 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland stellt Ehe und Familie als Institution sowie die familiäre Erziehung unter den besonderen Schutz des Staates und gewährleistet Grundrechte für Ehepartner sowie Eltern und deren Kinder. Diese besondere Wertschätzung der Familie beruht darauf, dass sie nach Ansicht des Verfassungsgebers das ideale Umfeld für das Heranwachsen von Kindern ist, ohne die auf Dauer keine staatliche Gemeinschaft existieren kann! Die Bedeutung der Ehe liegt darin, dass sie als „Keimzelle des Staates“ Vorstufe zur Familie ist (so ausdrücklich noch Art. 119 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung.“). So sind beispielsweise die Sozialversicherungen wie Renten-, Pflege- und Krankenversicherung familiengerecht zu gestalten, so wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat. So muss die Kindererziehung als gleichwertige Beitragsleistung zu den Geldbeiträgen anerkannt werden, wobei das steuerliche Existenzminimum bei den Beiträgen zu berücksichtigen ist. In Gesprächen und Diskussionen mahne ich an, dass in Deutschland immer weniger Kinder aufwachsen, spreche von den positiven Erfahrungen aus unserem eigenen Familienleben mit vier Kindern und ermuntere junge Ehepaare zur Entscheidung für Kinder. Zu Ehe und Familie gehört auch das Aushalten von Spannungen und Belastungen. So genannte Patchwork-Familien, bei der ein oder beide Partner aus gescheiterten Beziehungen Kinder mitbringen, dürfen nicht zum Ersatzprodukt einer dauerhaften Ehe- und Familienbindung werden.

11. Wie können Väter und Mütter, die ihre Kinder in erster Linie selbst erziehen wollen, gleiche Förderung erfahren wie jene, die diese Aufgabe insbesondere in den ersten Lebensjahren an Dritte delegieren?

Die Betreuung der eigenen Kinder, um ihnen das eigene familiäre Umfeld geben zu können, was zu innerer Stabilität der jungen Menschen führt, ist in unserer Gesellschaft offensichtlich nichts wert.



Erziehungsgeld und Elternzeit sind daher unverzichtbare familienpolitische Instrumente im Sinne der persönlichen Wahlfreiheit, zugunsten des Kindeswohls und in genereller Anerkennung der Erziehungsleistung. Es muss den Eltern möglich sein, sich während der ersten Lebensjahre des Kindes – ohne eine volle Erwerbstätigkeit – der Kindererziehung zu widmen und später wieder in den Beruf zurückzukehren. Angesichts der geringen Höhe des Erziehungsgeldes und der Gefährdung des beruflichen Wiedereinstiegs ist diese Wahlfreiheit zurzeit aber nur eine Illusion. Ebenso wie bei der ungenügenden Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht wird hier die mangelhafte Anerkennung von Erziehungsleistung und Familienarbeit im Vergleich zur Erwerbsarbeit deutlich. Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, sollten Leistungen vom Staat in gleicher Höhe beziehen, wie ein Krippenplatz kostet. Schließlich verzichtet ein Elternteil auf ein Einkommen.

12. Wie können alle Kinder und Jugendliche gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen erhalten?

Gleiche Bildungschancen sind die wichtigste Form sozialer Gerechtigkeit. Hier hängt es in Deutschland, und alle wissen das. Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems (und damit auch unseres Sozialsystems) hat abgenommen. Fehlende Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem ist eine unentschuld bare Ungerechtigkeit. Eine Gesellschaft wird nicht durch eine Gleichmacherei der Einkommen, sondern durch Chancengerechtigkeit zusammengehalten. Materielle Werte können Menschen genommen werden, das gelernte Wissen nicht. Ein gutes Bildungssystem fördert nicht die Sturheit eines schwachen Lehrplansystems, sondern entdeckt und fördert die Gaben und Talente der jungen Menschen. Natürlich müssen Kinder und Jugendliche bestrebt sein, eine möglichst gute Ausbildung zu erlangen. Wer gut ausgebildet ist, wird mit Sicherheit auch eine Zukunftsperspektive haben und muss sich in Krisenzeiten wenig Sorgen um einen Job machen. Der jungen Generation aber muss die Chance gegeben werden, ihre Gaben zu entwickeln und durch entsprechende Leistung sozialen Aufstieg zu erreichen. Bildung darf nicht nur als ein Paket von Abschlüssen und Kompetenzen verstanden werden, sondern auch als Verknüpfung von Wissen, Können und Verantwortung. Wer sich zurücklehnt, um andere für sich arbeiten zu lassen, muss sich nicht wundern, wenn er eines Tages aus seiner Hängematte nicht mehr hochkommt. Andererseits dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass die Zugangschancen zu guter Bildung ungleich verteilt sind und dass die Bildung eines Kindes von seiner Herkunft und dem Bankkonto der Eltern bestimmt wird.

13. Sind Sie für die völlige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe?

Das deutsche Grundgesetz manifestiert den besonderen Schutz von Ehe und Familie. Diese gottgegebenen Ordnungen sind elementar für das harmonische Zusammenleben der Menschen und Eckpfeiler der Stabilität der gesamten Gesellschaft.

Versuche, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften der im Grundgesetz herausgehobenen Stellung der Ehe gleichzustellen, weise ich entschieden zurück. Vertretern mit einer anderen geschlechtlichen Orientierung sollte zwar mit Respekt und Würde begegnet werden, aber auch mit der klaren Position, dass praktizierte Homosexualität unvereinbar mit der biblischen Ethik und letztlich Sünde gegen Gott ist, der den Menschen zu seinem Ebenbild geschaffen hat. Der von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und anderen Politikern angestrebte Freibrief zur Adoption von Kindern durch Schwule und Lesben in sogenannte „Regenbogenfamilien“ hebt Gottes Ordnung und die klaren Regelungen des Grundgesetzes aus. Kinder sind kein Spielzeug für Homosexuelle!

14. Was werden Sie tun, dass Gender Mainstreaming nicht zu einer ideologischen Verfremdung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau führt?

Atheistische Kräfte arbeiten in Deutschland systematisch an der Veränderung der Gesellschaft nach dem alten DDR-Spruch „Ohne Gott und Sonnenschein...“. Sie haben jahrelang Kirchen und Parlamente



mit der Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung homosexueller Partnerschaften übersät. Aus dem Ziel, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen, sind Kampagnen zur Aufhebung von Geschlechterunterschieden geworden. Eine lebensfeindliche Ideologie scheinbarer Selbstverwirklichung hat für die Hinnehmung der Abtreibung gekämpft. Gender-Mainstreaming“ treibt – auch innerhalb der Kirchen – weiter seine Blüten. Dieses 1995 auf einer Weltfrauenkonferenz erfundene Konzept erklärt die Bedeutung des biologischen Geschlechts eines Menschen für unerheblich. Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Geschlecht wählen dürfen, ob er männlich, weiblich, bisexuell oder homosexuell sein will. So gilt es unaufhörlich anzumahnen, dass diese Handlungsweise gegen Gott gerichtet ist.

15. Kann der „Generationenvertrag“ noch aufrechterhalten werden und wenn ja wie? Gibt es Alternativen?

Das Ausbleiben des Kindersegens in Deutschland stellt die sozialen Sicherungssysteme vor unerfüllbare Anforderungen. Nur ein schnelles und tiefgreifendes Umdenken kann noch verhindern, dass das Gesellschaftssystem nicht aus den Fugen gerät. Aber nicht einmal von Kirchenoberen (Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel) wird das Thema Abtreibung angesprochen. Die Kirchen aber fordern die Erfüllung des so genannten Generationenvertrages. So darf an sie zurückgefragt werden: Mit welchen Kindern? Deutschland braucht einen geistigen Wandel, der nur mit einer klaren Orientierung am Willen Gottes erreicht werden kann. Denn der Mangel an Verantwortung und die Achtung und Fürsorge zwischen den Generationen verursachen maßgeblich eine immer stärker werdende Gerechtigkeitsinflation. Die durch die gegenwärtige Krise wachsenden Staatsschulden werden die nächsten Generationen massiv belasten und die sozialen Sicherungssysteme knicken. Politiker müssen weiterschauen als bis zum nächsten Wahltermin, Unternehmer weiter als bis zum nächsten Quartalstermin und Kirchen weiter als bis zum Opferstock. Gefordert ist von allen (!) ein nachhaltiges Wirtschaften. Gemeinwohl und Eigennutz müssen auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft in eine gute Balance gebracht werden. Verantwortlich handeln bedeutet, seine Entscheidungen daraufhin zu prüfen, dass sie anderen keinen Schaden zufügen. Freiheit muss immer dem Nächsten dienen.

Lebensschutz

16. Wie möchten Sie menschliches Leben vor der Geburt und am Lebensende dauerhaft schützen?

Von der Verschmelzung von Ei und Samenzelle an bis zum natürlichen Tod handelt es sich um Leben aus Gottes Hand. So obliegt es auch dem Herrn allen Lebens aus seiner Gnade und Barmherzigkeit heraus Leben zu schenken und zu beenden. Kein Mensch hat das Recht, am Anfang wie am Ende des Lebens, einen anderen Menschen zu töten. Deshalb befürworte ich die Bestrafung aller, die Menschen töten. Abtreibung ist Mord. Sterbehilfe ist Mord. Beides ist Sünde gegen Gott. Deshalb kann es nur einen dauerhaften Schutz menschlichen Lebens geben, wenn dieser gesetzlich klar geregelt ist. Da aber selbst Kirchen zur Tötung ungeborenen Lebens keine klare Sprache sprechen, wird es in Kürze vermutlich keine gesetzliche Neuregelung geben.

17. Wie kann Ihrer Meinung nach eine neue Wertschätzung ungeborener, behinderter und alter Menschen erreicht werden?

Dieses gesellschaftliche Ziel kann nur erreicht werden, wenn in den Köpfen und Herzen der Menschen die Verantwortung für das Leben, die Achtung vor der Schöpfung und der Lebensschutz oberste Priorität bekommen. Die Vielzahl der Abtreibungen und besonders die Problematik der Spätabtreibungen, aber auch die aktive Sterbehilfe, stellen eine alarmierende Relativierung oder gar Marginalisierung der Lebenswertbindung dar. So fordere ich alle Bürger dazu auf, sich für den Wert und die Achtung allen menschlichen Lebens einzusetzen. [*Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt.]*



18. Befürworten Sie die Forschung an embryonalen Stammzellen und Klonexperimente an menschlichen Zellen?

Es geht bei der Frage nach der Forschung mit embryonalen Stammzellen und Klonexperimenten letztlich darum, ob man menschliches Leben zu Forschungszwecken töten darf. Und hier sage ich klar: Nein! Die Auferstehung Jesu Christi ist die unwiderrufliche Parteinahme Gottes für das Leben und für die Würde jedes einzelnen Menschen. Jeder Christ muss, wenn für ihn Gott der Schöpfer des Lebens ist, gegen die Tötung ungeborener Menschen eintreten, deren Lebenschancen im Interesse anderer Ziele beendet werden. Wer das Lebensrecht des wehrlosen Embryos gegen ungewisse Heilungschancen aus den Ergebnissen der Stammzellenforschung ausspielt, befördert das unmenschliche Gesetz, dass sich nur das Stärkere durchsetzt. Gesundheit darf nicht gegen das elementare Lebensrecht anderer Menschen ausgespielt werden. Das ist für Christen absolut unzulässig! Die zynische Argumentation, überzählige Embryonen, die bei künstlicher Befruchtung entstehen, seien ohnehin todgeweiht und könnten deshalb auch für Forschungszwecke verbraucht werden, macht erst recht deutlich, wie sehr der Schutz menschlichen Lebens bereits der Beliebigkeit preisgegeben ist. Deutschland als große Wirtschafts- und Wissenschaftsnation muss den Ehrgeiz haben, auf dem Forschungsgebiet der sogenannten erwachsenen Stammzellen führend zu werden, die aus Leber, Haut oder Knochenmark Erwachsener gewonnen werden können.

Armut und Reichtum - Bewahrung der Schöpfung

19. Was werden Sie tun, damit die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land nicht immer weiter auseinander geht?

Nach Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind Alleinerziehende und Kinder überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Altersarmut wird zunehmen, weil immer mehr Menschen mit ununterbrochenen Erwerbsverläufen ins Rentenalter kommen (mit geringeren Ansprüchen aus der Rentenversicherung aber auch wenig Möglichkeit zur privaten Vorsorge) und erhebliche Leistungskürzungen erfahren. Alle drei Beispiele zeigen, wie die konträre Einstellung des Menschen zur dauerhaften Ehe („bis dass der Tod uns scheidet“), zum Familienleben mit vielen Kindern und die Missachtung des alt gewordenen Menschen, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergehen lässt. Das Motto gegen Armut kann also nur heißen: „Pro Ehe. Pro Familie. Pro alt gewordener Menschen.“ Für Gott ist kein Ding unmöglich, auch die Beseitigung von Armut nicht!

20. Was kann getan werden, damit möglichst Alle Arbeitsplätze mit ausreichendem Einkommen finden?

Keinesfalls Sprücheklopfen. Wer heute verspricht, binnen weniger Jahre Millionen neuer Arbeitsplätze über eine „Allianz für den Mittelstand“ zu schaffen und bis 2020 die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, der muss erst einmal den „Mittelstand“ von der enormen Steuerlast befreien, die diesen zu ersticken droht. Wer der freien Wirtschaft die notwendige Luft zum Atmen nimmt, muss sich nicht wundern, wenn sie es nicht schafft, Menschen in Brot und Arbeit zu bringen. Ludwig Ehrhards soziale Marktwirtschaft fundiert auf eine marktwirtschaftliche Ordnung, in welcher dem Staat hauptsächlich die Aufgabe zukommt, den Ordnungsrahmen der Wirtschaft zu gestalten. Die Marktwirtschaft kann ihre den Wohlstand mehrende und koordinierende Funktion nur erfüllen, wenn sie durch eine strenge Ordnungspolitik auf den Wettbewerb verpflichtet wird. „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch“ (Ludwig Ehrhard). Eine staatsgebundene sozialistische Gängelei hat noch nie ein Wirtschaftswunder gebracht, sondern nur Chaos und Misswirtschaft. Deshalb ist das Pumpen von Milliarden Steuergeldern in Firmen, die durch Missmanagement großen Schaden verursacht haben, genauso verantwortungslos, wie die dauerhafte Missachtung des Mittelstandes.



21. Wie kann Deutschland bei den augenblicklichen Umgestaltungen des weltweiten Finanzsystems der Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern gerecht werden? Wie ist hier eine Trendwende zu erzielen, da die Millenniumsziele der Vereinten Nationen voraussichtlich nicht bis 2015 erreicht werden?

Die Antwort zur ersten Frage: Die Weisheit Gottes beachten. In der Bibel steht (Micha 6,8): " Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der HERR von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott. "

Die Antwort zur zweiten Frage: Beten, den eigenen Lebensstil hinterfragen und die Entscheidungsträger an die Erfüllung der Millenniumsziele (8 Entwicklungsziele zur Halbierung der weltweiten Armut bis 2015) erinnern.

22. Was wollen Sie tun um die Schöpfung zu bewahren und für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zu sorgen?

Immer wieder muss die Frage „Wem gehört die Welt?“ ins Bewusstsein der Menschen gebracht werden. Die „Bewahrung der Schöpfung“ darf nicht nur ein traditionell religiös orientiertes Motto bleiben, das sich seit den 1980er Jahren durchgehalten hat. Unsere Welt und all ihr Leben ist heiliges Schöpfungswerk Gottes. Eine nachhaltige Nutzung natürlicher Energieressourcen ist zwingend erforderlich, was aber nicht bedeuten kann, unsere Erde zu einer Art Windmühlenkolonie verkommen zu lassen. Wissenschaft und Wirtschaft sind gefordert, Ressourcen zu erschließen, die weder der Schönheit der Natur Abbruch tun noch Menschen großen Schaden zufügen. Der Energie-Mix sollte in den Mittelpunkt von Projekten gestellt werden, um schwächer werdende Quellen durch andere Komponenten ausgleichen zu können. Glühlampenverbote sind ein unsinniges Steuerinstrument der Politik, da eingesparte Energiemengen zu eingesparten Emissionsmengen führen, die dann von den Stromerzeugern im Emissionshandel verkauft werden und an anderer Stelle zu Emissionen führen. Ein sinnvollerer Steuerinstrument zur Erreichung von Klimazielen ist die Begrenzung der Emissionsmenge von Kohlendioxid.

Und zum Schluss

23. Warum sollten Christen (1.) Sie und (2.) Ihre Partei wählen?

1. Wer zu mehr als fünfzig Prozent meiner Antworten seine Zustimmung geben kann, hat die Möglichkeit, mir seine Stimme zu geben.

2. Noch gibt es keine Alternativlösung zur CDU. Die NPD verherrlicht den Nationalsozialismus unter Hitler und DIE LINKE sozialistisch-kommunistische Unrechtssysteme ala DDR. – SPD, FDP und GRÜNE sind wegen ihrer Positionen zur Homosexualität oder zur Abtreibung für Christen nicht wählbar. Den Splitterparteien wie PBC, AUF, etc. kann derzeit mangels Wirtschaftskompetenz keine Regierungsverantwortung übertragen werden. Wählen Sie also CDU. Auch in dieser Partei schreit vieles zum Himmel! Aber immerhin steht im Vergleich der großen Parteien ausschließlich im Parteiprogramm der CDU etwas von einem „christlichen Menschenbild“.



Thomas Schneider

Breitenbrunn, am 17. August 2009

Kreisrat im Erzgebirgskreis
Thomas Schneider
Alter Schulweg 3
08359 Breitenbrunn

Telefon (03 77 56) 14 32
Telefax (03 77 56) 14 35
Email: kreisrat.schneider@web.de
www.schneider-breitenbrunn.de